



Panelbericht: Soziale Ungleichheit im 19. Jahrhundert in der Schweiz

Zürich, 7. Juni 2019, 5. Schweizerische Geschichtstage

Verantwortung: Ulrich Woitek

Referierende: Gabi Wüthrich / Giacomini Favre / Marius Kuster

Kommentar: Tobias Straumann

Bericht von: Jonas Plüss, Universität Zürich

Spätestens seit den Arbeiten des französischen Ökonomen Thomas Piketty ist die Ungleichheitsforschung auch in der schweizerischen Geschichtsforschung angelangt. Dabei lag der Fokus bisher vor allem auf der Vermögens- und Einkommensungleichheit im 20. Jahrhundert. Das Panel weitete diesen engen zeitlichen und thematischen Fokus aus und zielte auf den Beginn einer vertieften wirtschaftshistorischen Auseinandersetzung mit Ungleichheit in der Schweiz im 19. Jahrhundert, einer Periode, in der sich die Schweiz zu einer erfolgreichen Industrienation entwickelte.

Als zentraler Erklärungsansatz sozialer Ungleichheit wird oftmals die Humankapitaltheorie beigezogen. Wichtigster Bestandteil des Humankapitals ist die Bildung. **GABI WÜTHRICH** (Zürich) untersucht die Bildung und insbesondere das Lehrerberuf in der Schweiz in einer langfristigen, quantitativen Perspektive. Sie unterstrich zu Beginn ihres Referats neben der ökonomischen auch die ideelle Bedeutung von Schulen: Die Schule war (und ist) Teil des Nation- und Kanton-Buildings. Bildung in der Schweiz ist seit jeher auch Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Kantonen und dem Bund. Die Kantone waren ab 1848 per Bundesverfassung zwar damit beauftragt, den Einwohnerinnen und Einwohnern «adäquate» Bildung bereitzustellen, dem Bund fehlte jedoch ein zentrales Kontrollorgan, um die Arbeit der Kantone überprüfen zu können. Zur Lösung dieses Problems wandte sich der Bund mit der sogenannten «Stapferenquête» direkt an die Lehrer. Wüthrichs Analysen der Situation zu Beginn des 19. Jahrhunderts, also noch vor Einsetzen des Bundesverfassungsartikels, zeigen Überraschendes: Ein grosser Teil der Lehrer war damals bereits vollberuflich in den Schulen engagiert. Dabei verwies Wüthrich jedoch darauf, dass die Vollbeschäftigung nur während der Schulzeit, d.h. vor allem im Winterhalbjahr galt. Auch mit der Vorbildung sieht es besser aus als man hätte meinen können: Etwa 20% der Lehrer hatten bereits Erfahrungen in ihrem



Beruf, wobei jedoch grosse regionale Unterschiede bestanden. Wüthrich schloss mit der in der Forschungsliteratur breit abgestützten These, wonach der Lehrerberuf im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Professionalisierung erlebte.

GIACOMIN FAVRE (Zürich) widmete sich in seinem Referat klassischen Themen der Ungleichheitsforschung: Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie der intergenerationellen sozialen Mobilität im 19. Jahrhundert in der Stadt Zürich. Die Analyse der Einkommens- und Vermögensungleichheit basiert dabei auf den publizierten Steuerregistern der Stadt Zürich. Zur Einkommensungleichheit lässt sich feststellen, dass sie im Verlaufe des 19. Jahrhunderts eine U-Kurve aufweist, das heisst sie sinkt zuerst und steigt dann gegen Ende des Jahrhunderts wieder an. Anders sieht das Bild bei den Vermögen aus: Die Vermögensungleichheit ist von Beginn an sehr gross und nimmt im Verlaufe des Jahrhunderts weiter zu. Im Gegensatz dazu lässt sich die intergenerationelle soziale Mobilität schwerer quantifizieren. Methodisch untersucht Favre die «Vererbung» einer Berufsklasse von Vater an Sohn (nach Schüren, 1989) und verwendet hierzu die Zürcher Bürgerbücher, in denen jeweils die Berufe beider verzeichnet sind. Anhand dieser Vergleiche der Berufe von Vater und Sohn zeigte Favre auf, dass die soziale Mobilität, sowohl relativ wie auch absolut, abnahm. Bemerkenswert dabei ist auch die Erkenntnis, dass in der untersten Berufsklasse konstant eine sehr geringe Mobilität vorherrschte. Söhne von Vätern aus einer tiefen Berufsklasse blieben grösstenteils in derselben Klasse. Im anschliessenden Kommentar kritisierte **TOBIAS STRAUMANN** die Verwendung der Berufsklassen nach Schüren, denn Kaufmänner, die in der Regel die reichsten Bürger einer Stadt waren, fallen in dieser Klassifizierung lediglich in die mittlere Klasse, während Pfarrer in der obersten Berufsklasse eingestuft sind. Weiter verwies Straumann auf den riesigen Anstieg der Mittelklasse und fragte, wie dieser zu erklären sei. Im Verlaufe der weiteren Diskussion wurde klar, dass es sich bei den ausgewerteten Daten nur um die Daten zur Stadtbürgerschaft handelt, die sicherlich nicht vorbehaltlos auf die gesamte Stadtbevölkerung übertragen werden können.

MARIUS KUSTER (Lausanne) referierte anschliessend über die Messung der Armutsgrenze in der Stadt Zürich zwischen 1910 und 1924 mit einem besonderen Fokus auf die Zeit des Ersten Weltkriegs. Dabei verwendet er jeweils die absoluten Armutsgrenzen und begründet dies mit einer irreduzibel absoluten Komponente von Armut, die mit relativen Armutsgrenzen nicht fassbar sei. Wer sich die für das Überleben essentiellen Konsumgüter nicht leisten kann, fällt unter diese Grenze. Seine zentrale Forschungsfrage ist dabei, wie viele Personen in den definierten Jahren jeweils un-



ter diese absolute Armutsgrenze fallen. Dazu ermittelte Kuster die Preise von Konsumgütern, die zur Deckung der Bedürfnisse notwendig sind, und eine Auswahl von Löhnen in der genannten Periode. Er konnte dabei zeigen, dass die Massnahmen des Bundes während des Ersten Weltkriegs zur Armutsbekämpfung durchaus wirksam waren: Nur sehr wenige Leute fielen unter die Armutsgrenze. Kuster betonte jedoch, dass sich der Lebensstandard der Bevölkerung während des Ersten Weltkriegs dennoch verschlechterte. Er verwies zudem auf eine weitere, bisher von ihm nicht beachtete Dimension der Armut: die Stigmatisierung. Die Notstandsmassnahmen führten nämlich dazu, dass die Armen sich in den Geschäften als solche zu erkennen geben mussten. Deswegen haben wohl nicht alle die Notstandsmassnahmen in Anspruch genommen, denen dies von ihrer ökonomischen Situation her zugestanden wäre. Im abschliessenden Kommentar verwies Straumann darauf, dass Kusters Resultate ein Beleg dafür sind, dass die von Willi Gautschi postulierte These, wonach sich die Situation während des Kriegs kontinuierlich verschlechterte und schliesslich im Landesstreik explodierte - Straumann bezeichnete diese Erklärung als «Dampkochtopfmodell» -, nicht zutrefte. Der Landesstreik sei nicht bloss materiell zu erklären, denn das Jahr 1917 etwa sei für die Bevölkerung viel schlimmer gewesen als 1918, das Jahr des Streiks.

Das Panel zeigte ein breites Spektrum verschiedener Herangehensweisen der historischen Ungleichheitsforschung in der Schweiz auf. Dass nur zwei der drei Referate in den im Paneltitel angezeigten Zeitraum passten, lässt jedoch erahnen, dass das 19. Jahrhundert in der historischen Ungleichheitsforschung noch viel Potential hat.

Jonas Plüss, Universität Zürich
jonas.pluess@uzh.ch

Panelübersicht:

Wüthrich, Gabi: Bildungsmobilität im 19. Jahrhundert

Favre, Giacomini: Einkommens- und Vermögensmobilität im 19. Jahrhundert

Kuster, Marius: Die Messung von Armutsgrenzen: Zürich 1910-1924